



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

16. Jahrgang, Nummer 02 / 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

Wieder enthält der neue BBU-Newsletter viele Informationen aus verschiedenen Umweltbereichen: Energie, Gewässerschutz, Verkehr, Gentechnik ...

Bitte unterstützt die engagierte Arbeit des BBU mit einer Spende, damit wir in all diesen Bereichen weiterhin kräftig anpacken können.. Jeder gespendete Euro unterstützt die wichtige Arbeit des BBU!

BBU-Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Und auf der BBU-Wunschliste steht weiterhin der Wunsch nach neuen BBU-Mitgliedern: Initiativen, Verbände, Privatpersonen ... Sie alle finden bei Interesse hier die passenden BBU-Aufnahmeanträge:

<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Und fragt bitte Freundinnen und Freunde, sowie Euch bekannte Initiativen, ob sie nicht auch BBU-Mitglied werden möchten. Natürlich können auch Bioläden, ökologisch arbeitende Unternehmen, Jugendumweltgruppen u. a. m. dem BBU beitreten.

Spätsommerliche Grüße vom BBU-Vorstand, von der BBU-Geschäftsstelle und von der BBU-Newsletter-Redaktion



Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen einfach eine E-Mail an den BBU senden.

Auch der BBU ruft zur Teilnahme an Aktionen am 20. September 2019 auf

Weltweit werden Menschen jeden Alters auf die Straße gehen, für einen globalen Klimaschutz und gegen die anhaltende internationale Klimazerstörung. Auch der BBU ruft zur Teilnahme an den dezentral geplanten Aktionen auf. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU weist zudem darauf hin, dass sich inzwischen auch mehr als 3000 Unternehmen aus dem ganzen Bundesgebiet mit einer gemeinsamen Erklärung mit der Jugendumweltbewegung „Fridays For Future“ solidarisiert haben.

Informationen über geplante Aktionen und weitere Hintergrundinformationen:

<https://fridaysforfuture.de>, <https://fridaysforfuture.org/events/map>, <https://www.klima-streik.org/demos>, <http://parentsforfuture.de/de>, <https://www.scientists4future.org>, <https://www.entrepreneurs4future.de>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 18.09.2019. Vollständiger Text unter

[http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=70935&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=5512a1dd56](http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=70935&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=5512a1dd56)

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

Per Bundesgesetz wurde durch den Deutschen Bundestag zum 1. Januar 2017 die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung gegründet. Sie soll einerseits Helmut Schmidts Impulse in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik auf heutige Herausforderungen spiegeln. Andererseits soll in Hamburg bis Sommer 2020 eine Dauerausstellung zu Leben und Wirken des Namensgebers erarbeitet werden. Dafür recherchiert ein Registrar gerade nach möglichen Dokumenten, Interviews, Objekten und Fotografien aus der Zeit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts. In diesem Zusammenhang wurde beim BBU angefragt, ob es insbesondere Objekte oder Fotografien gibt, die anschaulich und prägnant die gesellschaftlichen Debatten rund um die Themen Nachrüstung (NATO-Doppelbeschluss), Anti-Atomkraft- bzw. Umweltbewegung,

Energiekrise usw. zeigen. Von Interesse sind dabei auch Transparente oder Plakate mit Bildern von Helmut Schmidt. Wer über passendes Material verfügt, kann sich in der BBU-Geschäftsstelle melden.

Themenbereiche

Abfallpolitik

BBU: Aktualisierter Planfeststellungsantrag zur Errichtung der Deponie Mainz-Laubenheim bringt keine relevanten Änderungen

In der Auseinandersetzung um die Errichtung der Deponie Mainz-Laubenheim hält der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) an seiner vor einem Jahr eingereichten Einwendung fest. Dies hat der Umweltverband der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in einer erneuten Kurzeinwendung fristgerecht mitgeteilt. Der BBU lehnt das Vorhaben der Entsorgungsbetriebe Mainz weiterhin ab. Daran ändert auch die redaktionelle Überarbeitung des Planfeststellungsantrags nichts. Gerade wegen der Vielzahl gefährlicher Abfälle, deren Ablagerung beantragt wird, sei das Vorhaben nach wie vor abzulehnen, erklärt der Umweltverband. Zudem sind immer noch etliche Aspekte der Deponiekonstruktion und des Deponiebetriebs ungeklärt.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Die Antragstellerin hat ihre Chance nicht genutzt. Statt die abzulagernden Abfallarten grundlegend zu reduzieren und auf gefährliche Abfälle ausnahmslos zu verzichten, ist der Positivkatalog der vorgesehenen Abfälle geradezu mit gefährlichen Abfällen, landläufig Giftmüll genannt, gespickt. Bereits dies steht der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens entgegen. Zudem ist nicht dargelegt, dass alle vorgesehenen Abfälle überhaupt im Entsorgungsgebiet anfallen. Diese Planrechtfertigung wäre aber eine notwendige Voraussetzung für einen rechtmäßigen Planfeststellungsbeschluss. Für die einzelnen Abfallschlüssel hätte konkret anhand der Gewinnungsorte, Produktionsstätten und Verarbeitungsanlagen ermittelt werden müssen, wo und in welchen Mengen sie anfallen. Ansonsten ist davon auszugehen, dass der Steinbruch eine Magnetfunktion entwickelt, d.h. weit über das geplante Entsorgungsgebiet hinaus Abfälle – insbesondere gefährliche Abfälle – anzieht. Auch die Deponietechnik ist weiterhin so unbestimmt, dass der Antrag nicht bescheidungsfähig ist.“

Auf deutliche Kritik des BBU stößt weiterhin, dass nur der bestimmungsgemäße Betrieb der Deponie betrachtet wird. Nicht betrachtet werden die Folgen der Anlieferung falsch deklarierter Abfälle, von Bränden, von Starkregen und extremen Stürmen sowie die Maßnahmen, die zur Begrenzung daraus resultierender Auswirkungen ergriffen werden sollen. Nicht ersichtlich ist auch, wie Löschwasser einschließlich seiner Verunreinigungen im Brandfall zurückgehalten werden soll. Auf all diese Ereignisse muss ein Deponiebetreiber aber vorbereitet sein. Angesichts der erheblichen Defizite können die vorgelegten Unterlagen keine Grundlage einer Planfeststellung sein. Der BBU fordert daher erneut die unverzügliche Rücknahme des Planfeststellungsantrags.

BBU-Pressemitteilung vom 09.09.2019, Hintergrundinformationen:

https://bbu-online.de/Einwendungen/Einwendung_BBU_Laubenheim%2031.08.18.pdf
<https://www.mainz21.de>

Artenschutz

Bienen-Volksbegehren: Innenminister gibt Weg frei - Start Ende September



Nach dem überwältigenden Zuspruch aus der Baden-Württemberger Zivilgesellschaft mit 35.865 Unterschriften hat jetzt auch die Landesregierung den Weg für das erste landesweite Volksbegehren frei gemacht. Das Innenministerium teilte dem Trägerkreis des Volksbegehrens Artenschutz – „Rettet die Bienen“, heute die Genehmigung des entsprechenden Antrags mit. Damit startet das Volksbegehren Ende September, den offiziellen Zeitraum teilt das Ministerium in den nächsten Tagen mit. „Für die vielen bedrohten Arten in Baden-Württemberg ist heute ein

guter Tag“, sagt David Gerstmeier, zusammen mit Tobias Miltenberger von proBiene – Freies Institut für ökologische Bienenhaltung einer der beiden Initiatoren und Vertrauensleute des Volksbegehrens.

Aus einer Pressemitteilung des Volksbegehrens Artenschutz – „Rettet die Bienen“, 14. August 2019

Volständiger Text und weitere Informationen: <https://volksbegehren-artenschutz.de/presse>

Atomenergie

Jodtabletten: Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. AKW und Uranfabriken stilllegen – Uranexporte stoppen!

Am Donnerstag (22.08.2019) wurde bekannt, dass das Bundesamt für Strahlenschutz in Österreich 190 Millionen Jodtabletten bestellt hat, die im Ernstfall zum Schutz vor Schilddrüsenkrebs eingenommen werden sollen. Eine rechtzeitige Einnahme der Jodtabletten soll nach einem schweren Atomunfall verhindern, dass sich radioaktives Jod in der Schilddrüse von betroffenen Menschen einlagert.

Udo Buchholz vom BBU-Vorstand bezeichnet die Verteilung von Jod-Tabletten als Maßnahme gegen AKW-Unfälle für unzureichend, da die Tabletten maximal vor Schilddrüsenkrebs schützen. Notwendig ist das sofortige und dauerhafte Abschalten aller Atomkraftwerke. „Und die Bundesregierung muss endlich die Uranfabriken in Gronau und Lingen stoppen, die ständig Nuklearbrennstoff für hochgefährliche Atomkraftwerke in Belgien, Frankreich und in anderen Ländern produzieren und exportieren. Die rechtliche Handhabe zur Stilllegung der Uranfabriken hat die Bundesregierung“, betont Udo Buchholz.

Weiterhin kritisiert der BBU, dass völlig unklar ist, wer im Ernstfall die Tabletten zugeteilt bekommt und wie die rechtzeitige Verteilung erfolgen soll. In einer Veröffentlichung des Bundesamtes für Strahlenschutz hieß es Ende Dezember 2018 dazu, dass in der Nähe von Atomkraftwerken Jodtabletten bereits an alle Haushalte vorverteilt wurden oder in Rathäusern oder Feuerwehrhäusern gelagert werden. Die Bevölkerung soll dann durch Aufruf in den Medien aufgefordert werden, die Tabletten in den Ausgabestellen abzuholen.

<http://www.bfs.de/DE/themen/ion/notfallschutz/notfall/fukushima/jodblockade.html>

Udo Buchholz vom BBU-Vorstand fragt sich, „wie im Ernstfall die Jodtabletten im Ernstfall aus den Lagerräumen geholt werden sollen. Bei einem Atomunfall mit radioaktiven Freisetzungen wird es sicherlich auch Warnungen geben, Gebäude und Wohnungen nicht zu verlassen.“

Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker ...

Der BBU weist zudem darauf hin, dass laut Bundesamt für Strahlenschutz, die Einnahme der hochdosierten Jodtabletten auch mit gesundheitlichen Risiken verbunden (ist...). Personen, bei denen eine Schilddrüsenerkrankung bekannt ist, sollten Jodtabletten erst nach Rücksprache mit dem behandelnden Arzt einnehmen.“ Auch da ist laut BBU fraglich, wie und wo sich im Ernstfall alle Betroffenen ärztlichen Rat einholen können, wenn aus ihre Häuser ggf. nicht verlassen sollen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 22.08.2019. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/22.08.19.pdf>

Atommüll-Standort Ahaus

Umfassende Information der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ über den aktuellen Stand von Verfahren zum Atommüll-Lager Ahaus (Stand 28.08.2019) findet man unter <https://www.bi-ahaus.de>

Nach erneuten Schäden im AKW Neckarwestheim: Auch AKW Lingen 2 muss sofort abgeschaltet werden! Umweltinitiativen fordern dauerhafte Stilllegung der schadhaften Atomkraftwerke

Im AKW Neckarwestheim wurden laut Pressemeldungen vom 3. und 4. September 2019 bei der diesjährigen Revision erneut Risse in den Rohren des Dampferzeugersystems entdeckt. Laut Aussage des Landesumweltministeriums in Baden-Württemberg wurden „sicherheitstechnisch relevante rissartige Schwächungen...an 191 Rohren gemessen“. Die Anzahl der von Rissen betroffenen Rohre hat sich im Laufe des letzten Betriebsjahres somit annähernd verdoppelt!

Im nahezu baugleichen AKW Lingen 2 („Emsland“) wurden bei der diesjährigen Revision ebenfalls die gefährlichen

„Spannungsrisse“ in zahlreichen Rohren der Dampferzeuger festgestellt. Ohne eine Überprüfung des gesamten Systems wurde das AKW dennoch wieder in Betrieb genommen.

Aus einer Pressemitteilung des Bündnis AgiEL- AtomkraftgegnerInnen im Emsland vom 04.09.2019

MitherausgeberInnen dieser Pressemitteilung:

Elternverein Restrisiko Emsland e.V., Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), BUND Kreisgruppe Emsland, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf, Klimagruppe Emsland

Vollständiger Text der Pressemitteilung unter <https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/04.09.19.pdf>

Foto: Kundgebung gegen beim AKW Lingen 2, 28.6.19



Atomkraftwerk Neckarwestheim geht später wieder ans Netz

Der Block II des Atomkraftwerks Neckarwestheim wird mindestens zwei Wochen später als geplant wieder ans Netz gehen. Grund dafür ist eine undichte Stelle an einem sogenannten Vorwärmer, wie die EnBW am Montag mitteilte. Der Schaden müsse erst behoben werden.

Quelle und weitere Informationen: Heilbronner Stimme, 16.09.2019

<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Atomkraftwerk-Neckarwestheim-geht-spaeter-wieder-ans-Netz;art19070.4250910>

BMU-Symposium zur Endlagerung endet mit Eklat

Am Wochenende wurde in Berlin über Sicherheitsanforderungen, die ein künftiges Atommüllendlager für hochradioaktive Abfälle erfüllen muss, diskutiert. Eingeladen hatte das Bundesumweltministerium, doch Umweltverbände wie der BUND, die atomkritische Ärztegemeinschaft IPPNW und die Lüchow-Dannenberg-Vertreterinnen und Vertreter verließen verärgert und unter Protest das BMU-Symposium.

In den Sommerferien hatte das BMU die Referentenentwürfe für die Sicherheitsanforderungen und Sicherheitsuntersuchen veröffentlicht, am 20. September endet eine Eingabemöglichkeit. Schwammig, widersprüchlich und unkonkret seien diese rechtlichen Leitplanken für die Endlagersuche, so der erste Eindruck

der Initiativen. Eine qualitative „Beteiligung“ an der Fachdiskussion auf Augenhöhe sei hingegen nur möglich mit mehr Zeit, schließlich ginge es um essentielle Fragen wie die Langzeitsicherheit bei der Atommülllagerung.

Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 16. September 2019

Quelle und weitere Informationen: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2019/09/16/bmu-symposium-zur-endlagerung-endet-mit-eklat>

Fracking / Gas- und Ölbohren

BBU kritisiert Darstellung der Arbeitsergebnisse des Niedersächsischen Dialogs Erdöl- und Erdgasförderung am 30.8.2019

Auf deutliche Kritik des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) ist die Darstellung der Arbeitsergebnisse des Niedersächsischen Dialogs Erdöl- und Erdgas gestoßen. Der BBU ist mit zwei Vertretern im Facharbeitskreis „Erdöl/Erdgas“ des niedersächsischen Umweltministeriums vertreten, der die Probleme der Erdöl- und Erdgasförderung bearbeitet hat. Der Umweltverband hatte sich intensiv an der Diskussion im Facharbeitskreis beteiligt und zahlreiche Maßnahmenvorschläge eingereicht. Der Bericht des Umweltministeriums, der am 30.8.2019 in der großen Dialogrunde behandelt wird, ist allerdings nur eine verzerrte Darstellung der Arbeit des Facharbeitskreises.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU ist Mitglied des Facharbeitskreises. Er erklärt: „Der Facharbeitskreis hat im August eher chaotisch als koordiniert agiert. Aufgrund eines künstlich aufgebauten Zeitdrucks wurden Maßnahmenvorschläge nicht oder nur unzureichend auf Sitzungen diskutiert. Dementsprechend ist das Ergebnis auch kein Abschlussbericht, sondern eine Momentaufnahme, obwohl das Umweltministerium versucht, einen anderen Eindruck zu erwecken. Der Folgerung, die nahegelegt werden soll, Ereignisse wie den immensen Lagerstättenwasseraustritt in Emlichheim mit diesen Maßnahmen verhindern zu können und auf ein Verbot der Erdöl- und Erdgasförderung in und unter Schutzgebieten verzichten zu können, ist eine pure Illusion.“

Weiterhin erklärt Oliver Kalusch: „Dass der PowerPoint-Vortrag des Umweltministeriums den Mitgliedern des Arbeitskreises erst am Vortag um 17.30 Uhr übermittelt wurde und auch dies erst nach einer Intervention des BBU erfolgte, ist ein deutliches Zeichen für die Vorstellung des Ministeriums von Transparenz. Dass im Vortrag des Ministeriums bei fortschrittlichen Maßnahmenvorschlägen zwar Gegenargumente rückwärtsgegangener Stakeholder aufgeführt wurden, aber keine Argumente der Befürworter erscheinen, zeigt deutlich, in welche Richtung die Politik des Ministeriums gehen soll. Und dass dem BBU im Vortrag die Befürwortung von Maßnahmenvorschlägen untergeschoben wird, die anders abgegeben wurde, ist schlichtweg unseriös.“ Der BBU fordert daher eine Neuausrichtung des Stakeholderdialogs. Ein konsequentes Verbot der Erdöl- und Erdgasförderung in Schutzgebieten anstelle kosmetischer Maßnahmen muss dabei im Vordergrund stehen.

BBU-Pressemitteilung vom 30.08.2019

Gemeinnützigkeit sichern

26.9.: Podiumsdiskussion in Berlin:

Der demokratische Rechtsstaat und seine Zivilgesellschaft

„Schützen, fördern, regulieren, lenken: Der demokratische Rechtsstaat und seine Zivilgesellschaft“ – unter diesem Titel diskutieren am Donnerstag, 26. September, ab 18:30 Uhr in der Vertretung des Landes Brandenburg in Berlin Selmin Caliskan (Open Society Foundation), Dr. Julia Duchrow (Amnesty International), Prof. Dr. Felix Hanschmann (Humboldt Universität zu Berlin) und Daniela Trochowski (Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen Brandenburg) unter der Moderation von Dr. Ulf Buermeyer, Vorsitzender der Gesellschaft für Freiheitsrechte.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/podiumsdiskussion-gemeinnuetzigkeit-in-berlin>

Gentechnik

Jubiläum: 250. Ausgabe des Gen-ethischen Informationsdienstes (GID)

Dieser Schwerpunkt der 250. Ausgabe des Gen-ethischen Informationsdienstes (GID) beschäftigt sich mit Fragen, die den Verein, die Redaktion und sicherlich auch viele Mitglieder und Leser*innen immer wieder umtreiben: Was ermöglicht, was verunmöglicht kritische Forschung? Wie wird mit für Manche*n unliebsamen Ergebnissen umgegangen? Woher kommen die Mittel, um auch unangenehme Fragen anzugehen? Wie kann kritische Forschung in Gesellschaftsveränderung umgesetzt werden?

Quelle und weitere Informationen:

<https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/publikationen/gid/250>



Gewässerschutz

Volksbegehren zum Schutz des Wassers startet in Schleswig-Holstein

Seit dem 2. September 2019 sammelt ein breites Bündnis im Norden Unterschriften für das Volksbegehren zum Schutz des Wassers – das erste Volksbegehren in Schleswig-Holstein seit 10 Jahren. Ziel ist ein besserer Schutz des Wassers vor den Risiken der Gas- und Ölförderung sowie mehr Transparenz durch Aufdeckung von Gefahren.



„Geheime Bohrpläne, unbekannte Gefahrenstoffe, vertuschte Korruptionsvorwürfe – es ist höchste Zeit, dass wir Bürger den Schutz unseres Wassers und die Aufdeckung von Gefahren selbst in die Hand nehmen“, erklärt Dr. Patrick Breyer, Vertrauensperson der Volksinitiative und Europaabgeordneter der Piratenpartei. „Dass die Landtagsmehrheit Transparenz als ‚Gefahr für den Investitionsstandort‘ ansieht, ist ein Skandal. Gefahrenstoffe sind kein Geschäftsgeheimnis – dafür bitte ich alle Schleswig-Holsteiner um ihre Unterschrift!“

Hinter dem Volksbegehren steht ein Bündnis von rund 20 ganz unterschiedlichen Organisationen und Initiativen wie der BUND, der BBU, die Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager, die Schutzstation Wattenmeer, die Piratenpartei, die SPD und der SSW. Die Initiatoren hatten bereits in einer Volksinitiative 42.000 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt.

Der Landtag hat die geforderten Gesetzesänderungen bis auf eine Ausnahme zwar als zulässig anerkannt, aber die Forderungen nicht erfüllt. Deshalb startet jetzt das Volksbegehren: Dabei müssen in der Frist vom 2. September bis 2. März 2020 mindestens 80.000 gültige Unterstützerunterschriften geleistet

werden. Gelingt dies, kommt es zum Volksentscheid. Weitere Informationen: <http://www.vi-wasser.de>

Internationale Solidarität

BBU solidarisiert sich erneut mit der russischen Umweltorganisation Ecodefense

Nachdem Alexandra Korolewa, die Geschäftsführerin der russischen Umweltorganisation Ecodefense, in der Bundesrepublik Asyl beantragt hat, hat sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut mit der international engagierten russischen Umweltorganisation solidarisiert. Zuletzt hatte der BBU mit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Unterschriften für eine Solidaritäts-Petition gesammelt, die im Mai 2019 bei der Bundesumweltministerin Svenja Schulze eingereicht wurden.

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/.../solidaritaet-mit-ec.../>

Wie die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), die im BBU organisiert ist, und die Umweltorganisation „urgewald“ erfahren haben, haben die russischen Behörden am 30. Mai 2019 fünf Strafverfahren gegen Ecodefense eingeleitet; der Geschäftsführerin Alexandra Korolewa droht eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Heute am Mittwoch (19. Juni 2019) wurde bekannt, dass Alexandra Korolewa in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl beantragt hat.

Hintergrundinformationen der Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/inland/ecodefense-101.html>

BBU-Pressemitteilung und Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202019/19.06.19.pdf>

Tongerfahren

Feinstaub auf den Straßen – noch mehr Feinstaub in den Büros

Laserdrucker in Emissionstabellen aufnehmen – Alarmierender Ausstoß: bis zu ,6 Milliarden Partikel pro Seite Druck

Die tägliche Feinstaubexposition von Menschen auf der Straße dauert meist nur Minuten oder wenige Stunden. Es gilt hier eine Höchstgrenze von nur 25 Mikrogramm Feinstaub und auch CO₂ pro Kubikmeter. Im Innenraum wie z.B. in Büros halten sich die Menschen den GANZEN Tag auf. Messungen des Umweltbundesamtes zeigen Feinstaubbelastungen bis zu 1.000 Mikrogramm je Kubikmeter mit Ultrafeinstaub, Nanopartikeln. Nach 20 Jahren statistischer Auswertungen und Untersuchungen der Materialien, sind bis heute in Deutschland keine humanen Studien durch die Behörden zu den Wirkungen der Emissionen von Laserdruckern auf die Menschen durchgeführt worden. Die Pilotstudie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) 2007 ergab, dass Gesundheitsrisiken für den Menschen nicht auszuschließen sind, weitere Forschung sei nötig. Langzeitwirkungen sind bis heute unbekannt.

Die gestrige Stellungnahme des Expertengremiums der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina besagt, dass Feinstaub deutlich gesundheitsschädlicher als Stickoxid sei, im Hinblick auf die globale Erwärmung gilt ein Augenmerk auf das Treibhausgas Kohlendioxid. Hier floss das Sachverständigengutachten des Universitätsklinikum Düsseldorf zu Gesundheitswirkungen durch Ultrafeinstaub und Nanopartikel ein, beauftragt durch das Umweltbundesamt. Die Gelegenheit, die Wirkungen durch die Laser-

druckeremissionen hier zu untersuchen, wurde wiederum verpasst. Untersucht wurden Haushaltsgeräte, wie Staubsauger und Kerzenabbrand.

Aus einer Pressemitteilung der Stiftung nano-control vom 11.04.2019. Quelle und weitere Informationen: <https://www.nano-control.org/feinstaub-auf-den-strassen-noch-mehr-feinstaub-in-den-bueros>

UVP-Recht

Umwelt? Im Zweifel für die Wirtschaft

Beitrag von Lisa Schnell in der Süddeutschen Zeitung vom 03. Mai 2019

<https://www.sueddeutsche.de/bayern/umweltvertraeglichkeit-wirtschaft-eu-1.4430961>

Verkehrspolitik

Bahnprivatisierung ist gescheitert – Zeit für einen Neuanfang

Zu der heute vom SWR veröffentlichten Umfrage über die Bahnreform von 1994 sagte Winfried Wolf vom Bündnismitglied Bürgerbahn statt Börsenbahn: „Es zeigt sich wie schon bei früheren Umfragen unseres Bündnisses, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung jede Privatisierung der Bahn ablehnt und den heutigen desolaten Zustand der Bahn völlig zu Recht mit der falschen Weichenstellung von 1993/94 in Verbindung bringt.“



Bündnissprecher Bernhard Knierim forderte Konsequenzen: „Die Bahn muss wieder ins öffentliche Recht und gemeinnützig werden, beispielsweise mit einer Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr oberstes Ziel muss es sein, einen sicheren, zuverlässigen und bezahlbaren Verkehr für alle Menschen im Land zu bieten anstatt scheinbare Gewinne auszuweisen. Nur eine gut funktionierende Bahn kann immer mehr Menschen vom Umstieg überzeugen und damit einen wichtigen Beitrag gegen den Klimawandel leisten.“

Aus einer Pressemitteilung vom Bündnis Bahn für Alle am 19.6.2019, Quelle und weitere Informationen:

<http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/pressemitteilungen/2019/bahnprivatisierung-ist-gescheitert-ndash-zeit-fuer-einen-neuanfang.php>

Die neue mobilogisch! ist erschienen

In der Spätsommer-Ausgabe (3/2019) bitten wir zum Gespräch: Fuß- und Radverkehr müssen reden! Wir haben 32 Konflikte identifiziert, die gelöst werden müssen. - Wir legen Ihnen einen Entwurf für ein Verkehrssicherheitsprogramm zur Diskussion vor. - Alle wollen die StVO ändern. Wir jetzt auch, aber grundsätzlicher und stellen das Verkehrsrecht auf die Füße. - Diskussion um die geforderten Warngeräusche von Elektrofahrzeugen. - Wir geben einen internationalen Überblick, wie und was Alleinerziehende mobil alles schaffen (müssen). - Atemlos durch die Stadt: Wir holen uns die gesunde Luft zurück. - In der Schweiz ist ein Handbuch veröffentlicht worden, mit dessen Hilfe Schwachstellen im Wegenetz analysiert und Maßnahmen geplant werden können. - Wie bekommt man bei Bund und Ländern den Fuß in die Tür? Entwicklung in der Verkehrsplanung: Scheitern als Chance! - Knolle statt Knöllchen fürs Falschparken. - In dieser Ausgabe stellen wir Ergebnisse einiger Workshops des 22. BUVKO vor.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.mobilogisch.de>

Termine (Auswahl)

28.09.2019: Bundesweite Atommüllkonferenz, Göttingen, <http://www.atommuellkonferenz.de>

03.10.2019: Demonstration gegen die Kommandozentrale in Kalkar, <http://demo-kalkar.de>

08.10.2019: Stuttgart, Revue „10 Jahre Montagsdemos gegen Stuttgart 21“,

<http://www.kopfbahnhof-21.de/termine>

26.10.2019: Lingen, überörtliche Anti-Atomkraft-Demonstration, <https://atomstadt-lingen.de/demo>

Weitere Terminhinweise auf der BBU-Terminseite: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02 / 2019, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 30.09.2019. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.